

FAMILIEN- UND KINDERARMUT
IM KONTEXT KINDERSCHUTZ

Armutssensibel Handeln



Foto von maohaolan auf Unsplash.com

Fortbildung
08. Mai in Stuttgart

entdecke was geht
www.ljrbw.de



Armutssensibel Handeln

Familien- und Kinderarmut im Kontext Kinderschutz

Ein Kind kommt wiederholt hungrig und ohne Mittagessen zur Gruppenstunde. Eine Freizeitteilnahme wird abgesagt, weil der Teilnahmebeitrag nicht aufgebracht werden kann und Zugänge zu Fördermöglichkeiten zu kompliziert sind. Solche Szenarien gehören auch in der Jugendverbandsarbeit zur Realität.

Familien- und Kinderarmut beeinflussen die Lebenslagen junger Menschen tiefgreifend – und stehen in engem Zusammenhang mit Fragen von Kinderrechten, sozialer Chancengleichheit und Kinderschutz. Wie können wir armutssensibel handeln – ohne zu beschämen oder vorschnell zu problematisieren? Und was hat das mit unserem Schutzauftrag zu tun?

Der Fortbildungstag ist interaktiv gestaltet und geprägt von einer Mischung aus Input, Übungen in Kleingruppen und (Selbst-)Reflexionsphasen. Im Fokus stehen Wissen, Haltung und Handeln. Der thematische Teil wird mit dem Instrument Checkliste Armutssensibilität abgeschlossen. Ziel der Fortbildung ist es, konkrete Ideen für die armutsensible Gestaltung des eigenen Arbeitsfeldes zu entwickeln.

Referentin ist Andrea Möllmann-Bardak, die diese Fortbildung konzipiert hat. Sie ist Systemische Prozessbegleiterin und Organisationsberaterin und arbeitet seit über 20 Jahren zum Thema Aufwachsen in Wohlergehen – trotz Armutslage.

Organisatorisches

- Die Teilnahme ist kostenlos
- **Wann?** 08. Mai 2026 von 9:00 bis 16:30 Uhr
- **Wo?** Haus der Jugendarbeit
Haeberlinstraße 1-3, 70563 Stuttgart
- **Wer?** Hauptamtliche und Ehrenamtliche
in der Jugend(verbands)arbeit
- Anmeldung: <https://k.ljrbw.de/armutssensibel-handeln>



direkt zur Anmeldung

Kontakt und Information

Landesjugendring Baden-Württemberg

Judith Gross

Fon: 0711 16447-25 // gross@ljrbw.de



**Baden-Württemberg
Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Integration**

*Unterstützt durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit
und Integration aus Landesmitteln, die der Landtag von
Baden-Württemberg beschlossen hat.*